

Extrem rechte Jugendgruppen in Berlin

Lebenswelten und Aktivitäten
Was kann ich tun?
Wo finde ich Unterstützung?

Seit 2024 sind bundesweit zahlreiche (extrem) rechte Jugendcliquen und junge Kameradschaftsstrukturen entstanden. Diese Gruppen mit Namen wie »Jung und Stark« oder »Deutsche Jugend Voran« treten sowohl digital als auch auf der Straße mit einem selbstbewussten, aggressiven Habitus auf und inszenieren sich als rebellische Gegenkultur.

Diese Broschüre richtet sich insbesondere an Multiplikator*innen der Kinder- und Jugendarbeit. Sie informiert über aktuelle Entwicklungen, formuliert Handlungsempfehlungen und benennt Beratungsstellen und weitere Unterstützungsangebote in Berlin.

Das **antifaschistische presse-archiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz)** ist das umfangreichste öffentlich zugängliche Facharchiv zur extremen Rechten in Deutschland nach 1945. Wir informieren über die militante Neonaziszene, extrem rechte Parteien und Organisationen und die rechte Medienlandschaft in all ihren Facetten.



Ob im Wohn-, Arbeits- oder sozialen Umfeld: Die **Mobile**

Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) ist für alle Berliner*innen ansprechbar, die ein Problem mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus oder Antisemitismus wahrnehmen und Beratung suchen. Wir beraten vertraulich, kostenlos, nachfrageorientiert und nach dem Dreischritt Wahrnehmen – Deuten – Handeln.



Virtuelle Lebenswelten

In den Sozialen Netzwerken hat sich in den vergangenen Jahren eine virtuelle, neonazistische Jugendkultur etabliert. Teenager posieren auf Instagram oder TikTok mit einem militanten, rebellischen Gestus und rufen dazu auf, sich ihnen anzuschließen. Junge Frauen singen Songtexte von RechtsRock-Bands vor schwarz-weiß-roten Fahnen und zeigen dabei Schränke, Spiegel oder Handyhüllen, die mit extrem rechten Stickern beklebt sind. Die Videos orientieren sich an aktuellen Social Media Trends – nur werden dabei extrem rechte Symbole zur Schau getragen. Die Kommunikation ist geprägt von Feindbildkonstruktionen gegen queere Menschen, alternative Jugendliche und Antifaschist*innen. Hinzu kommen weitere Versatzstücke extrem rechter Ideologie sowie in den neuen Bundesländern häufig eine ostdeutsche Identitätsinszenierung. Den Gruppenaccounts folgen meist wenige hundert Personen, vereinzelt auch mehr. Die Funktionsweise der Plattformen, Algorithmen, die bestehende Inhalte verstärken, eine fehlende Regulierung und die Alltäglichkeit digitaler Gewaltinszenierungen fördern eine schnelle Radikalisierung. Zumindest in der virtuellen Welt erfahren die Jugendlichen kaum noch Widerspruch.

Social Media Codes und Symbole



Holocaustleugung



Transfeindlichkeit



AfD-Anhänger*in



Ersatzsymbol für das Hakenkreuz



White Power Geste



Antisemitismus



Ersatzsymbol für den Hitlergruß



Zwei Blitze = SS



Zeichen für den III. Weg



Zeichen für den III. Weg



Zeichen für den III. Weg

Zum weiterlesen:

Bildungsstätte Anne Frank: Das TikTok-Universum der (extremen) Rechten. Trends, Strategien und Ästhetik in der Social-Media-Kommunikation, Frankfurt 2024 (als Download verfügbar).

Protestmobilisierungen als Gruppenerlebnis

Durch zahlreiche bundesweite Störaktionen und Angriffe gegen Christopher-Street-Day-Veranstaltungen (CSD), an denen sich auch langjährige neonazistische Strukturen aktiv beteiligen, wurden die neuen Gruppen erstmals im Sommer 2024 öffentlich wahrgenommen. In Berlin veranstaltete u.a. »Deutsche Jugend Voran« (DJV) einzelne Demonstrationen gegen CSDs oder linke Veranstaltungen, auf denen sich bis zu 100 junge Menschen versammelten. Auch neonazistische Jugendgruppen aus anderen Bundesländern kommen für Demonstrationen regelmäßig nach Berlin. Obgleich das Mobilisierungspotenzial eher gering ausfällt, ermöglicht die gemeinsame Teilnahme an Demonstrationen in Berlin und anderen Städten ein kollektives Erlebnis und stärkt die Gruppenidentität.

Hohe Gewaltbereitschaft

Bundesweit ist ein signifikanter Anstieg extrem rechter und rassistisch motivierter Gewalttaten zu verzeichnen. Die Schwelle zum Rechtsterrorismus wird dabei vereinzelt überschritten, wie der Fall der »Letzten Verteidigungswelle« zeigt. Übergriffe finden sowohl geplant als auch spontan statt und zeichnen sich durch eine hohe Brutalität aus. Einige Gewalttaten lassen sich direkt den neuen Jugendgruppen zuordnen. In Berlin ist vor allem die DJV durch körperliche Angriffe auf andere Jugendliche aufgefallen, weshalb ihr Anführer im Frühjahr 2025 zu mehr als drei Jahren Haft verurteilt wurde. Im Schatten der auch medial in den Fokus gerückten jungen Gruppen entstehen weitere rechte Jugendcliquen, insbesondere in den Ostberliner Außenbezirken.



Präsenz neonazistischer Jugendgruppen im öffentlichen und digitalen Raum

Bilder: Register Treptow-Köpenick | Register Marzahn-Hellersdorf | Screenshot Instagram

Aufschwung der neonazistischen Parteijugend

Auch die langjährigen Jugendorganisationen neonazistischer Parteien profitieren von der neuen Dynamik. Sowohl die »Jungen Nationaldemokraten« (JN), die Jugendorganisation von »Die Heimat« (ehemals NPD) sowie die »Nationalrevolutionäre Jugend« (NRJ) des »III. Weges« vermelden bundesweit einen Anstieg junger Aktivist*innen. »Der III. Weg« setzt in Berlin seit vielen Jahren auf die Rekrutierung von Jugendlichen. Die Partei organisiert Kampfsporttrainings und ist vereinzelt im Umfeld von Schulen aktiv und verteilt dort Propaganda. Im Gegensatz zu den neuen Gruppen, die eine gewisse Offenheit für Interessent*innen ausstrahlen, handelt es sich beim »III. Weg« um eine streng hierarchische Kaderorganisation mit einem geschlossenen neonazistischen Weltbild.¹ Mancherorts arbeiten die neu entstandenen Gruppen mit etablierten neonazistischen Akteuren zusammen. In Berlin konnte zuletzt eine Annäherung der DJV an »Die Heimat« beobachtet werden.

Rechte Identifikationsangebote

Die Entstehung rechter Jugendgruppen geht einher mit einer wachsenden Attraktivität rechter Parteien für junge Menschen. Bei der Bundestagswahl 2025 wurde die AfD mit 21 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft bei den unter 25-Jährigen. Die starke Präsenz der AfD in politischen Gremien und in den (Sozialen) Medien sowie die Übernahme ihrer Standpunkte durch andere Parteien trägt schließlich zur weiteren Normalisierung extrem rechter Positionen bei. Hinzu kommt, dass Jugendliche keine Parteienlandschaft ohne die AfD kennengelernt haben. Emotional aufgeladene Feindbilder und scheinbar einfache Lösungen werden von vielen Teenagern, die angesichts multipler Krisen nach Orientierung suchen, als attraktive Identifikationsangebote wahrgenommen, die Macht und Wirksamkeit versprechen.



Die Logos vieler Berliner Gruppen ähneln sich.

Zu den gerne verwendeten Symbolen gehören der deutsche Adler und der Lorbeerkranz.

Empfehlungen für den Umgang mit Rechtsextremismus in Jugendfreizeiteinrichtungen

Seit dem Frühsommer 2024 erreichen die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) verstärkt Anfragen von Jugendarbeiter*innen, die sich in ihren Einrichtungen mit ähnlichen Problemen konfrontiert sehen: Jugendliche – darunter auch langjährige Besucher*innen – äußern sich verstärkt rechtsextrem, rassistisch und queerfeindlich. Dabei treten sie immer selbstbewusster und aggressiver auf. Einige werden Mitglied rechtsextremer Gruppierungen und nehmen an deren Aktivitäten teil. Beispiele für solche Vorfälle in Jugendfreizeiteinrichtungen sind:

- Äußern und Befürworten rechtsextremer Parolen und Ideologeelemente.
- Propaganda (Aufkleber, Schmierereien), szenetypische Kleidung, Accessoires, Schmuck, einschlägige Musik und Social-Media-Inhalte, Posieren mit rechtsextremen Symbolen wie schwarz-weiß-roten Fahnen für Fotos, die dann über Social-Media-Kanäle geteilt werden.
- Beschimpfungen und Bedrohungen gegenüber migrantischen sowie als links oder queer wahrgenommenen jungen Menschen und Versuche, die aus rechtsextremer Sicht missliebigen Kinder und Jugendlichen aus Einrichtungen und von öffentlichen Plätzen zu verdrängen, ihnen etwa die Nutzung von Bolzplätzen oder anderen Spiel- und Sportressourcen zu verwehren.
- Berichte über die Beteiligung an rechtsextremen Aufmärschen.
- Berichte über wiederholten oder dauerhaften Kontakt zu rechtsextremen oder rechtsextrem orientierten Gruppen / Formationen / Netzwerken oder gar über Beteiligung an Gewalttaten.
- Ansprache und Rekrutierung anderer Jugendlicher in der Einrichtung für rechtsextreme Erlebniswelten, wie etwa die Treffs oder Aktivitäten rechtsextremer Gruppen.
- Drohungen und Gewalt gegenüber sich demokratisch positionierenden Jugendarbeiter*innen und Einrichtungen, mitunter einhergehend mit Sachbeschädigungen und Fällen von Landfriedensbruch.

Viele Jugendarbeiter*innen äußern aufgrund derartiger Vorfälle einen erhöhten Bedarf an fachlicher Unterstützung, Beratung und Fortbildung.

Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) und Rechtsextremismus

Eine grundlegende Orientierung zum sozialpädagogischen Handeln bietet das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG): Der Auftrag von Kinder- und Jugendhilfe ist es unter anderem, junge Menschen »vor Gefahren für ihr Wohl (zu) schützen« (§ 1 Absatz 3 KJHG) und ihre Entwicklung »zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit« zu fördern (§ 1 Absatz 1 KJHG).

Die »Fähigkeit zur Gemeinschaft« bedeutet in einer pluralistischen Gesellschaft, dass (junge) Menschen einen diskriminierungskritischen Umgang pflegen können. Jugendarbeit sollte Jugendliche bei einem solchen Umgang unterstützen und zu ihm befähigen. Auf die Gefahr des Rechtsextremismus bezogen lassen sich drei Teilziele ableiten: 1. Innerhalb des direkten Einflussbereichs der Jugendarbeiter*innen sollte eine Beeinflussung junger Menschen durch rechtsextreme Medien oder Personen verhindert werden; 2. Jugendliche sollten Kenntnisse und Erfahrungen erlangen, durch die sie ihre rechtsextreme Orientierung als selbstschädigend erkennen und sich rechtsextremen Einflüssen entziehen können; 3. Jugendarbeiter*innen sollten Jugendliche darin unterstützen, eine an demokratischen Grundwerten orientierte Persönlichkeit zu entwickeln. Ob und wie diese Ziele in der Arbeit mit den Jugendlichen umsetzbar sind, hängt von verschiedenen Faktoren und Rahmenbedingungen ab.



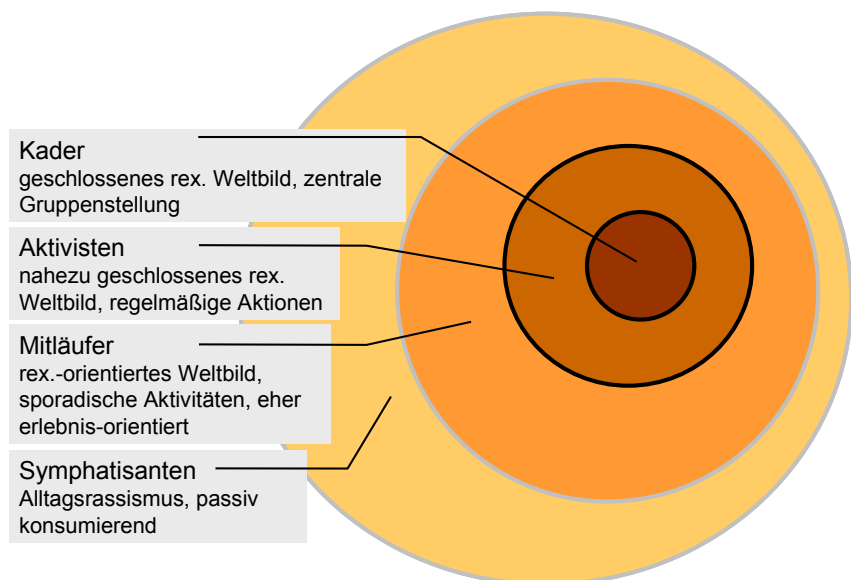
MBR/VDK e.V. (Hrsg.): Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -Intervention bei Jugendlichen, Berlin 2016.



Download als PDF

Junge Menschen realistisch und differenziert einschätzen

Jugendarbeiter*innen stehen vor der Herausforderung, den Grad einer möglichen rechtsextremen Ideologisierung (Ausmaß der Verdichtung und Geschlossenheit rechtsextremer Welt- und Selbstbilder) und den Organisationsgrad (Einbindung in rechtsextreme Erlebniswelten und Gruppen) richtig wahrzunehmen und zu deuten. Nur eine realistische und differenzierte Einschätzung ermöglicht ein gezieltes pädagogisches Vorgehen. Dazu kann auch gehören, die Grenzen pädagogischer Prävention und Intervention zu erkennen. Die sozialpädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen ist herausfordernd, erfordert fachliche Standards und entsprechende Rahmenbedingungen. Zur Einschätzung des Ideologierungs- und Organisationsgrades hat die MBR bereits vor vielen Jahren ein bewährtes typologisches (idealtypisches) Schema entwickelt.



Diese Typisierung soll Jugendliche nicht in Schubladen stecken. Fachliche Einschätzungen müssen immer auf möglichst genauen und aktuellen Wahrnehmungen und Informationen beruhen. Sie sollten regelmäßig hinterfragt und gegebenenfalls aktualisiert werden. Hierzu stellt die MBR umfangreiche erklärende Texte und analytische Werkzeuge (Tabellen und Fragekataloge) zur Verfügung.² Beim Wahrnehmen und Deuten rechtsextremer Erscheinungsformen können sich Jugendarbeiter*innen von Fachstellen wie der MBR unterstützen lassen.

Die Erfahrung zeigt, dass rechtsextrem orientierte Jugendliche (Sympathisant*innen und Mitläufer*innen) häufig noch offen sind für die vielfältigen pädagogischen Ansätze der OKJA, da ihre Positionen noch offen für Irritationen, Kritik und Fragen sind. Bei rechtsextremen Aktivistinnen/Aktivisten und Katern stoßen Jugendarbeiter*innen hingegen an ihre Grenzen. Hochgradig ideologisierte und organisierte Rechtsextreme führen in der Regel keine ergebnisoffenen Diskussionen mehr, sondern nutzen Gespräche als Proberaum und Bühne für ihre Argumentations- und Agitationsstrategien. Sie besuchen Jugendfreizeiteinrichtungen teilweise gezielt, um Jugendliche rechtsextrem zu politisieren, weiter zu radikalisieren und wenn möglich auch für die Szene zu rekrutieren.

Zwar wäre es aus sozialpädagogischer Sicht wünschenswert, auch rechtsextreme Aktivistinnen/Aktivisten und Kader »wieder auf den richtigen Weg« zu bringen, jedoch bietet die OKJA dafür in der Regel nicht die richtigen Rahmenbedingungen und Ressourcen. Hier ist es nötig, mögliche Zuständigkeiten anderer Instanzen zu prüfen, etwa von sogenannten Distanzierungs- und Deradikalisierungsprojekten oder auch der Justiz und Polizei.

Mögliche Schritte

Die Präsenz rechtsextrem orientierter Jugendlicher in einer Jugendfreizeiteinrichtung kann dazu führen, dass andere junge Menschen in ihrer Teilhabe beschnitten werden. Dies kann direkt durch Anfeindung und Verdrängung geschehen oder auch dadurch, dass die Ressourcen der Jugendarbeiter*innen von rechtsextrem orientierten Besucher*innen absorbiert werden. Agitation und Rekrutierung von jungen Menschen durch rechtsextreme Aktivistinnen/Aktivisten und Kader in der Einrichtung können einen »gefährdenden Einfluss« im Sinne des KJHG (siehe oben) darstellen. Besonders mit Blick auf andere

Besucher*innen der Einrichtung gilt: Wenn die Würde von jungen Menschen missachtet und sie diskriminiert oder gar bedroht werden, müssen Jugendfreizeiteinrichtungen Schutz und Solidarität bieten.

Vor diesem Hintergrund kann die Leitung einer Einrichtung der OKJA junge Rechtsextreme mit entsprechender Ideologiedichte und Organisationsgrad vom Angebot ausschließen oder Auflagen für die Teilnahme festlegen. Folgende Ansätze haben sich in der Praxis der Jugendarbeit bewährt:

- Betreten der Einrichtung und/oder Teilnahme an Angeboten nur in Begleitung durch eine*n Jugendarbeiter*in oder anderes Fachpersonal,
- räumliche Begrenzung des Aufenthalts,
- zeitliche Begrenzung des Aufenthalts,
- zeitlich beschränktes Hausverbot,
- dauerhaftes Hausverbot.

Wichtig sind eine gute Dokumentation und Einschätzung der Vorfälle, um die fachlichen Gründe für Auflagen oder Ausschlüsse nachvollziehbar darlegen und die nötigen Schritte mit Kolleg*innen abstimmen zu können. Bei längerfristigen Ausschlüssen kann es hilfreich sein, auch den Träger sowie das Jugendamt zu informieren und deren Unterstützung einzuholen.

Werden gewalttätige Reaktionen von rechtsextremer Seite wahrgenommen oder befürchtet, so sind geeignete Sicherheitsvorkehrungen für die Einrichtung und einzelne Mitarbeitende zu treffen. Gibt es Hinweise auf einen bevorstehenden Angriff, sollte die Polizei informiert werden. Die MBR unterstützt auf Anfrage bei der Entwicklung eines Sicherheitskonzepts.

Als präventive Maßnahme kann eine Nutzungs- oder Hausordnung helfen, die Positionierung einer Einrichtung und ihre Regeln für alle Besucher*innen transparent zu machen und Konsequenzen bei Verstößen klar anzukündigen. Idealerweise wird eine Benutzerordnung gemeinsam mit den Besucher*innen entwickelt. Sie sollte stets gut sichtbar sein und im Erstgespräch vorgestellt werden.³

Betroffenenperspektive und Stärkung demokratischer Gegenkräfte

Gerade angesichts der zunehmenden Herausforderungen durch Rechtsextremismus in der Jugendarbeit gilt es, sich nicht ausschließlich auf rechtsextrem orientierte junge Menschen zu fokussieren. Stattdessen sollten auch die potenziell Betroffenen sowie die tatsächlich Betroffenen rechtsextremer Anfeindung und Bedrohung – etwa als migrantisch, links, alternativ oder queer wahrgenommene Jugendliche – im Blick behalten werden. Der Schutzauftrag des KJHG gilt auch für diese Personen und Gruppen. Jugendarbeit sollte zur Betroffenenperspektive und auch zur Parteilichkeit für Marginalisierte fähig sein.

Durch die Stärkung nicht-rechter Jugendlicher kann es gelingen, das Klima in einer Jugendeinrichtung oder auch in einem Sozialraum langfristig positiv im Sinne von gelebter Demokratie und Menschenrechten zu beeinflussen. Das Vorleben alternativer Identitäten und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten vermag auch zur Einstellungsöffnung und -änderung bei Sympathisant*innen und Mitläufer*innen der rechtsextremen Szene beizutragen.

Wir danken allen Jugendarbeiter*innen, die sich den Herausforderungen im Alltag stellen und beständig praktische Lösungen ausprobieren. Wir lernen täglich von Euch!

Anmerkungen

1 Zu den Aktivitäten des III. Weg in Berlin und möglichen Handlungsoptionen erschien zuletzt die Handreichung: apabiz e.V. (Hrsg.): Die Neonazi-Partei »Der III. Weg«, Berlin 2024. Online abrufbar unter: https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/2024/04/FaltblattD3W_final.pdf

2 Eine ausführliche Darstellung der Typen und ihrer Einschätzung findet sich hier: MBR/VDK e.V. (Hrsg.): Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus, Berlin 2016, S. 14ff. Online abrufbar unter: <https://www.mbr-berlin.de/en/publikationen/jugendarbeit-gegen-rechtsextremismus-2016/>

3 Ein Beispiel für eine Nutzungsordnung findet sich ebenfalls in der o.g. Broschüre, S. 28.

Beratung

Für die Beratung von Einzelpersonen und Einrichtungen zum Umgang mit extrem rechten Aktivitäten steht die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) zur Verfügung.

<https://mbr-berlin.de>

Aktivitäten dokumentieren und melden

Die Berliner Register dokumentieren extrem rechte Vorfälle in einer eigenen Statistik. Schmierereien, Propaganda, Aktionen oder Bedrohungen können dem Register gemeldet werden, damit ein umfassendes Bild neonazistischer Aktivitäten in Berlin gezeichnet werden kann.

<https://www.berliner-register.de>

Dokumente und Propagandamaterialien wie Flugblätter, Aufkleber, Broschüren, Bücher oder Plakate sammelt und archiviert das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz) für Bildungszwecke. Das Archiv ist für die Nutzung offen.

<https://www.apabiz.de>

Eine Handreichung des antifaschistischen pressearchivs und bildungszentrums berlin e.V. in Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

Berlin, Oktober 2025

antifaschistisches pressearchiv und
bildungszentrum berlin e.V.
Lausitzerstr. 10 | 10999 Berlin
✉ mail@apabiz.de
☎ 030 61 16249
Vi.S.d.P.: C. Schulze

Mobile Beratung
gegen Rechtsextremismus Berlin
✉ info@mbr-berlin.de
☎ 030 817985810

apabiz 
antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.v.

mbr 
mobile beratung gegen
rechtsextremismus berlin

Gefördert durch



Im Rahmen von

